

**Zum Krieg in der Ukraine:
Kritik der
öffentlichen
Kriegspropaganda**

Aus: GEGENSTANDPUNKT 2/3-22

Deutsche Kriegsmoral: Einschwörung des Volks auf den Kurs seiner Führung

Der Krieg und Du

Am 24. Februar, dem Morgen nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine, tritt die deutsche Außenministerin mit folgenden Worten vor die Kameras:

„Liebe Mitbürgerinnen und liebe Mitbürger, wir sind heute in einer anderen Welt aufgewacht... Wir haben uns diese Situation nicht ausgesucht. Wir können und wir wollen ihr nicht aus dem Weg gehen. Die Europäische Friedensordnung der letzten Jahrzehnte ist die Grundlage für das Leben in Wohlstand und Frieden. Wenn wir jetzt nicht entschlossen dafür eintreten, werden wir einen noch höheren Preis zahlen.“

Frau Baerbock berichtet vom Beschluss des Kabinetts, sich in diesem Krieg zu engagieren und dem russischen Machtanspruch in Osteuropa entgegenzutreten. Das kollektive „Wir“, in dessen Namen sie spricht, ist zunächst das der Regierung. Für die souveräne Instanz, die die für alle verbindlichen Entscheidungen im Land trifft, nimmt sie in Anspruch, dass sie eine Freiheit der Entscheidung gar nicht gehabt habe. Sie fingiert staatliche Ohnmacht, um die Macht unwidersprechlich zu machen, mit der sie handelt: Die Welt, die Lage, die Russland hergestellt hat, lässt ihr keine Wahl; alles, was das heutige Deutschland ausmacht – Europa, Wohlstand, Frieden – steht auf dem Spiel; „Wir“ sind angegriffen, „wir“ müssen dagegenhalten. Die Herausforderung anzunehmen und mit der Förderung der ukrainischen Kriegsfähigkeit zu beantworten, ist eine Notwendigkeit: *Dieser Krieg ist unser Krieg*. Mit dieser Botschaft wendet sich die Ministerin an das weitere „Wir“, die „lieben Mitbürger“, die vom osteuropäischen Krieg selbst nicht, dafür aber vom Beschluss ihrer Regierung, sich einzumischen, betroffen sind. Für sie gibt es tatsächlich keine Freiheit der Entscheidung, denn über sie ist entschieden worden. An sie ergeht die Aufforderung, genau dieses Verhältnis zu dementieren: Sie sollen so tun, als hätten sie etwas zu entscheiden und als hätten sie sich entschieden. Jeder Einzelne soll „unseren Krieg“ als seine Sache begreifen und Stellung beziehen; soll sich von der „militärischen Sonderoperation“ Russlands herausgefordert fühlen, Putin für seinen Feind halten und sich überlegen, wie er handeln würde, wenn er Kanzler oder eben Außenministerin wäre. Natürlich fällt alles Praktische und Wirkliche, was „die Deutschen“ aus dem Krieg in der Ukraine folgen lassen, in die Kompetenz, die Zwecke und Zweckmäßigkeitserwägungen der Regierung. Aber das darf die Bürger nicht hindern, sich als Mitbetroffene von dem Krieg und Mit-Subjekte der deutschen Antwort auf ihn zu imaginieren; auch wenn die Stellung, die sie dann beziehen, völlig belanglos ist und – sieht man einmal von den Verrückten ab, die selbst zum Mitkämpfen nach Kiew reisen – praktisch in gar nichts anderem bestehen kann als in der mehr oder weniger entschiedenen Billigung der Einmischung des deutschen Staates ins blutige Geschehen und im Aushalten ihrer Konsequenzen. Dazu müssen die vielen fiktiven Mit-Subjekte einer deutschen Stellung die Kriegskalkulationen der Bundesregierung überhaupt nicht kennen. Es reicht, dass sie sich als das große, vom Krieg betroffene „Wir“ ansprechen und die längst entschiedene Frage nach „unserer“ korrekten Stellung dazu vorlegen lassen. So werden die von ihrem Staat in eine Kriegslage hineingezogenen Bürger mit ihrem Staat identifiziert und identifizieren sich mit ihm, wenn der „zwei Flugstunden von Berlin entfernt“ die eine Kriegspartei aufrüstet, um der anderen ihren Krieg kaputtzumachen. Das ist *die erste unwahre Gleichsetzung*, auf der der öffentliche Kriegsdiskurs beruht.

Kanzler Scholz fügt dem einen leitenden Gesichtspunkt hinzu:

„Für all das gibt es keine Rechtfertigung. Das ist Putins Krieg. Putin bringt damit Leid und Zerstörung über seine direkten Nachbarn. Wir stehen an der Seite der angegriffenen Ukraine. Ihr mit Waffenlieferungen zu ihrer legitimen Selbstverteidigung zu verhelfen, ist keine Kriegsbeteiligung und keine Eskalation.“ (Kanzler Scholz bei verschiedenen Gelegenheiten)

Für den russischen Angriff wie für die ukrainische Gegenwehr kennt Scholz keine Gründe und Zwecke der involvierten Staaten, sondern nur Rechtfertigungen bzw. deren Fehlen, die Übereinstimmung oder die Verletzung von Normen, als deren Hüter er sich präsentiert. So konsequent ersetzt er – und wird in der deutschen Debatte die *Frage nach Gründen* durch die *nach Schuld und Unschuld* ersetzt, dass allein die Erwähnung, dass auch die russische Seite mit ihrem Krieg einer staatlichen Logik folgt, als Entschuldigung und Relativierung ihrer Verbrechen verstanden und verworfen wird. Ebenso konsequent vermeidet man es, die ukrainischen nationalen Ambitionen, geschweige denn die eigenen oder die strategischen Interessen der westlichen Wertegemeinschaft anzusprechen; die würden die saubere Scheidung von Gut und Böse in diesem Kampf nur verwässern. Wenn Scholz in einem ersten Schritt die Frage nach den Kriegsgründen durch die der Kriegsschuld ersetzt, dann stellt er in einem zweiten die *Untat* bzw. den Willen zu ihr *als Grund des verurteilten Handelns* hin. So wird aus dem russischen Feldzug „Putins Krieg der Wahl“, ein „grundloser Überfall auf einen friedlichen Nachbarn“. Die *Identifikation von Schuld und Grund* ist die *zweite* für die nationale Meinungsbildung konstitutive *falsche Gleichung*.

Aus der folgt der kategorische Imperativ, die Ukraine mit Waffen auszurüsten. Diese Selbstverpflichtung geht freilich einher mit einer Distanzierung: *Kriegspartei* wird Deutschland damit nicht. Die Regierung hilft dem Angegriffenen. Aber dass kein Staat ganz ohne eigenen Zweck und eigene Berechnung einem andern kriegerisch gegen einen dritten hilft, nur weil *der sich* retten will, das geht in alle Hilfszusagen schon mit ein: Der Kanzler behält sich vor, wie weit sein Land sich engagiert; Eskalation soll nicht sein. Er verbürgt sich dafür, dass Putin den Krieg nicht gewinnen und der Ukraine nicht seinen Frieden diktieren darf; doch ohne den Sieg über die russische Großmacht zum deutschen Kriegsziel auszurufen; aber auch ohne einen Zweifel an dem unbedingten Schulterschluss mit Putins Opfer zuzulassen. Das ist die *dritte Gleichung*, nach der die Regierung zu handeln verspricht.

Zu der passt die Botschaft, die die Regierung in Sachen Parteilichkeit ans große nationale „Wir“ richtet; mit der Betonung: *Betroffene Partei* sind wir zwar nicht, umso mehr aber zu unbedingter *Parteinahme* bereit, ja verpflichtet. Der anständige Deutsche identifiziert sich, seine politisch aufgeweckte Privatpersönlichkeit, mit dem Selbstverteidigungsrecht des ukrainischen *Staats*, das seine Regierung durchzusetzen hilft. Weil es nämlich – sagt die Außenministerin, die es qua Amt ja wissen muss – gar nicht um etwas Politisches geht, sondern um die reine Menschlichkeit:

„Putin mordet Kinder und unschuldige Zivilisten. Das darf niemanden ungerührt lassen. Wer da neutral bleibt, steht auf der Seite des Unterdrückers!“ (Baerbock bei verschiedenen Gelegenheiten)

Die Fiktion, der regierte Bürger in seiner Machtlosigkeit hätte in Sachen Krieg und machtvolle Einflussnahme darauf irgendetwas zu entscheiden, bekommt den passenden Inhalt: Zu entscheiden hat ein jeder – sonst nichts, aber umso mehr – *sich*. Und zwar in einer Frage, in der es eine zulässige Alternative schlechterdings nicht gibt: Wie stehst du dazu, dass Putin Kinder umbringt? Wer da Bedenkzeit braucht – womöglich für eine Überlegung der Art, dass im Krieg Staaten nach eigens geschaffenen Recht und Gesetz *für sich und ihre Zwecke* eigene und fremde Untertanen verheizen –, outet sich als Hel-

fershelfer, mindestens als ideeller, eines Massenmörders; wer Kinder mag, muss dafür sein, dass der Krieg für Russland verloren geht. Der *Krieg* ist damit perfekt in ein Moralthheater verwandelt, nämlich an beiden Enden *vermenschlicht*: Hie der böse Mensch Putin, dort die guten Kinder von Butscha und anderswo. Der ukrainische Staat, dessen Ambitionen Russland nicht duldet und dessen Kriegserfolg Deutschland aus seinen Gründen will, ist – die unwahre *vierte Gleichung* – identifiziert mit unschuldigen ukrainischen Menschen, die in der Realität russischen Waffen ebenso zum Opfer fallen wie der kämpferischen Selbstbehauptung ihrer Obrigkeit. Und das ausländische Interesse an der Ukraine ist identifiziert mit der menschlichen Empathie von Privatpersonen, denen das Leiden und Sterben so sehr ans Herz geht, dass daraus unmittelbar der Ruf nach mehr Waffen und mehr Gewalt auf der richtigen Seite und mehr Opfern auf der falschen folgt. Wer da womöglich schon wieder zögert – solche Zauderer gibt es ja sogar in höheren Positionen –, wird vor die inquisitorische Frage gestellt: „*Willst du der Ukraine das Existenzrecht absprechen?*“ Der Umweg über die unschuldigen Kinder darf da auch mal entfallen. Aber wenn die gelieferten Waffen für den nationalen Gesinnungs-Militarismus zu klein sind, dann geht im öffentlichen Kriegsdiskurs jeder tote Ukrainer gleich wieder aufs Konto noch nicht gelieferter Haubitzen aus deutschen Beständen, ohne die sich der Russe nicht am Vergewaltigen hindern lässt.

*

Es ist offenbar unbeachtlich, dass in der Wirklichkeit überhaupt nichts davon abhängt und nichts daraus folgt, dass Herr und Frau Niemand einem fremden Staat irgendein Recht zu- oder absprechen. Es gehört sich in der Meinungsbildung zum Krieg einfach, dass jedes Individuum ganz persönlich für den Krieg eine fiktive Verantwortung übernimmt und so tut, als hinge sein Verlauf und Ergebnis von seiner Stellungnahme ab: Der Krieg ist meine Sache, eine Herausforderung an mich als Mensch, an meinen Gerechtigkeitssinn, meine Gefühle, meine Sympathien. Niemand bringt die verlogene Identifikation mit dem ukrainischen Staat und die daraus folgende Gleichung von Leiden und Kriegstreiberei so glaubwürdig und betroffen rüber wie ein Journalist der Bildzeitung:

„*Was soll man als Vater, als Mutter, als Mensch, dazu noch sagen?! Niemand ist mehr sicher vor diesem Terrorherrscher. Wir müssen Putins Regime vernichten. Bevor es uns vernichtet. Ich geh jetzt mal kurz heulen.*“ (Tweet von BILD-Reporter Julian Roepcke, 24.2.22)

Dieses fiktive Subjekt-Sein in einem Gewaltgeschehen, von dem der Normalmensch nur passiv und hilflos betroffen ist – in der Ukraine praktisch, hier im Wesentlichen nur ideell –, ist die Prämisse der öffentlichen Debatte über den Krieg und die deutsche Beteiligung an ihm. Diese Prämisse stellt sicher, dass kein wahres Wort über Grund und Zweck des Zusammenpralls von Weltmächten auf dem osteuropäischen Schauplatz mehr fällt. Darüber fällt nämlich gar kein Wort. Die Staaten und ihre Machtansprüche sind durch die komplette Vermenschlichung ihrer Konfrontation aus dem Spiel: Russland kommt als strategisch kalkulierende *Staatsmacht* nicht vor, die antirussische Allianz als Subjekt strategischer Kalkulationen genauso wenig. Mit der totalen Entpolitisierung des Kriegsgeschehens ist dessen *wirklicher* Urheber, das auf allen Seiten tätige Subjekt, das als einziges zu Krieg überhaupt fähig ist: die Staatsmacht mit ihrem Gewaltmonopol und ihrem jeweiligen Ehrgeiz – *freigesprochen*.

(*Nachdruck aus: GegenStandpunkt, Politische Vierteljahresschrift, Nr. 2-22*)

Zur Konstruktion von Zerrbildern über Feind und Freund

In aller Freiheit – wir sind schließlich nicht in Russland – übernimmt die ‚vierte Gewalt‘ die Perspektive des regierungsamtlichen Kriegskurses. Nach dem Motto, endlich die offizielle Bestätigung für ihre Sicht auf Russland zu erhalten, sieht sie sich zu der Mission herausgefordert, ihren Lesern und Zuschauern das Bild von Freund und Feind vor Augen zu stellen, das ihnen klarmacht, wer unsere Feindschaft verdient und wer unsere Solidarität.

Vom „Angriffskrieg“ zum „Despoten“

Kaum kommt die militärische Auseinandersetzung zwischen dem russischen und ukrainischen Staat in die Gänge, wirft die Presse sich geschlossen in die Pose eines Anklägers und Richters für Fragen gerechter Gewalt:

„Nun ist der Krieg zurück, der Angriffskrieg, der Krieg der Wahl, ein Überfall, ein Landraub, ein schreiendes, nie zu entschuldigendes Unrecht.“ (SZ, 25.2.22)

Ihr Urteilsspruch qualifiziert die kriegerische Auseinandersetzung zwischen Russland, dem Westen und der Ukraine als völlig einseitiges Verbrechen, aus dem die staatlichen Opponenten Russlands, die mit ihrer Gegenwehr aus der russischen Invasion überhaupt erst einen *Krieg* im eigentlichen Sinne machen, gänzlich herausgekürzt werden. Der Verweis auf die getroffene ‚Wahl‘ erklärt den Krieg zum Resultat eines freien und berechnenden Willens zu einer grundlosen und unverzeihlichen Schandtät, bei der die Seite des Angegriffenen von vornherein entfällt und die rechtlich-moralische Verurteilung sich voll auf den Angreifer konzentriert. Von der Verurteilung des Kriegs schreitet die Öffentlichkeit zum Kriegsherrn und der Ungeheuerlichkeit seiner Schuld voran:

„Wladimir Putin wird in die Geschichte eingehen, als jener Despot, der Europa zu den Abgründen treibt, die der Kontinent ein für alle Mal hinter sich zu lassen gehofft hatte. Wladimir Putin ist ein Besessener, ein außer Kontrolle agierender Diktator.“ (Ebd.)

Im Gestus der rückblickenden Einordnung von Putins Krieg wird dessen moralische Disqualifizierung zu einer geschichtsträchtigen Angelegenheit aufgeblasen. Wie einschneidend der Ukraine-Krieg für den europäischen Kontinent wirklich sein wird, zu welchen Eskalationen die am Krieg beteiligten Weltmächte sich noch herausgefordert sehen werden – es geht sowieso um etwas anderes, wenn der SZ-Historiker mit den Schlagworten ‚Geschichte‘ und ‚Abgründe‘ aufwartet, nämlich um die schlichte Beschwörung der Monstrosität des einseitigen Verbrechens und des völlig unzurechnungsfähigen Verbrechers. Von da aus landet das Schwadronieren über „die Geschichte“ in aller Regel bei einer Analogie zum historischen Bösewicht schlechthin:

„Der letzte Angriffskrieg auf europäischem Kontinent ging 1939 von deutschem Boden aus. Seit heute Morgen folgt Putin jenem infamen Sündenfall der Geschichte.“ (tagesschau.de, 24.2.22)

„Europa hat diesen Augenblick seit dem Naziterror vor 80 Jahren zu fürchten und zu vermeiden gelernt.“ (SZ, 25.2.22)

„Der russische Präsident hat getan, was im Westen als undenkbar galt. Das darf auch Deutschland nie mehr vergessen... Putin hat einen Angriffs- und Eroberungskrieg gegen die Ukraine geplant, propagandistisch vorbereitet und begonnen, der Europa erschüttert und verändert wie kein anderer Gewaltakt seit Hitlers Überfällen.“ (FAZ, 25.2.22)

Aufgerufen wird der Konsens, auf den sich die Sieger- und Verlierermächte nach dem Zweiten Weltkrieg geeinigt haben: Die nationalsozialistische Staatsräson und das

politische Vernichtungsprogramm der damaligen Regierung sind vom Standpunkt des westlichen Wertehimmels aus betrachtet ein nicht zu überbietendes Un-Recht bar jeder politischen Qualität, das insbesondere die Figur Hitler als der Goldstandard des einseitigen Verbrechens und absolut Bösen verkörpert. Dieses fertig abgreifbare Verdikt soll der verständige Mensch nun auf Putin und den Ukraine-Krieg übertragen. Moralisch ist es kein Problem, gänzlich unterschiedliche Kriege, Staaten und Führer einfach gleichzusetzen, schließlich sind solche sachlichen Unterschiede zugunsten derselben Deutung getilgt, auf die es bei beiden einzig ankommt: Die Regierungschefs sind Exemplare „infamer Sündenfälle“. Um das zu untermalen, sind sich die Geschichtskenner auch nicht zu schade, ein eigentümliches Bild vom Europa des letzten Jahrhunderts zu zeichnen: Nicht ganz unbekannt dürfte ihnen das unter dem Namen ‚Kalter Krieg‘ figurierende Patt in einer atomkriegsträchtigen Auseinandersetzung oder der NATO-Krieg in Jugoslawien zwecks gerechter Sortierung von Völkern und Staatsgebieten sein. Aber egal – jedenfalls für eine Geschichtsklitterung aus moralisch einwandfreien Motiven, die das mit dem Stichwort „undenkbar“ längst abgeräumt hat, um den Idealismus vom guten und friedlichen Europa dem „Naziterror“ und „Putins Angriffskrieg“ als Kontrastfolie gegenüberzustellen. „Europa“, das abstrakte Gegenteil des abstrakten Bösen, wird „erschüttert“.

Wenn dann Putin sich haargenau derselben Dämonisierung des Feindes zur Rechtfertigung seines Krieges bedient, in der Ukraine „Nazis“ bekämpft und einen „Genozid“ an ukrainischen Russen verhindert, zeigt er nur, dass er sich nicht scheut, seine „Sünden“ auch noch mit „Lügen“ zu bemänteln.

Das absolute Unrecht im „Faktencheck“

Die „Lügen“ sind einerseits hinreichend dadurch entlarvt, dass man sie einer Befassung und Widerlegung ausdrücklich nicht wert befindet:

„Der schrillen, jeder Fakten baren Rechtfertigung Putins darf man nicht zu viel Beachtung schenken, sie ist es kaum wert, dass man sie zu widerlegen versucht. Sie ist Teil eines Gespinsts, das der Kreml-Herrscher über Europa legt und zu dessen Lähmung nutzt. Nein, die Ukraine ist nicht faschistisch, es gibt dort keinen Genozid, die NATO bedroht Russland nicht, und das Recht auf Staatlichkeit für die Ukraine ist historisch unumstößlich.“ (SZ, 25.2.22)

Andererseits beweist die Presse ihre hohen Standards und ihre Objektivität, indem sie die „Lügen“ dann doch nicht einfach übergeht, sondern einem „Faktencheck“ unterzieht:

„Putins Kriegsgründe im Faktencheck. Während seine Truppen die Ukraine angreifen, versucht Wladimir Putin die Invasion zu begründen: Russland müsse sich ‚verteidigen‘, einen ‚Genozid‘ stoppen und die Ukraine ‚entnazifizieren‘. Vieles davon ist falsch... Kurz vor dem Angriff wendete sich Präsident Wladimir Putin mit einer TV-Ansprache an sein Volk und nannte seine Gründe für den Angriff – der in seinen Augen ein Akt der Verteidigung ist. Wir haben einige zentrale Begründungen Putins für die Invasion überprüft.“

Behauptung: Putin spricht von der ‚Ausdehnung des NATO-Blocks nach Osten, die Annäherung seiner militärischen Infrastruktur an die Grenze Russlands‘. Die NATO habe sich ‚immer weiter ausgedehnt. Die Kriegsmaschinerie ist in Bewegung, und, ich wiederhole, sie nähert sich unseren Grenzen.‘ DW Faktencheck: Irreführend. Richtig an dieser Aussage ist: Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurden 14 osteuropäische Staaten in die NATO aufgenommen. Vier von ihnen grenzen an Russland. Auch der Ukraine wurde 2008 eine NATO-Beitrittsperspektive gegeben, allerdings liegt der NATO-Beitritt des Landes seither auf Eis. Und wie unter anderem Bundeskanzler Olaf Scholz bei seinem Besuch in Moskau Mitte Februar beton-

te, steht dieser Schritt auf absehbare Zeit nicht auf der Tagesordnung. Richtig ist auch: Die NATO hat in ihren osteuropäischen Mitgliedsstaaten logistische Vorbereitungen getroffen und auch Flugplätze vorbereitet für die schnelle Verstärkung von Truppen. Zur Wahrheit gehört allerdings auch: Sie hat das nach 2014 getan, als Reaktion auf die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland. Die NATO respektiert weiter die NATO-Russland-Grundakte von 1997. Die untersagt die zusätzliche dauerhafte Stationierung von substantiellen Kampftruppen in den NATO-Beitrittsstaaten. In Reaktion auf die Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen begann die NATO zwar 2016 damit, vier Bataillionskampfgruppen in den baltischen Staaten und Polen zu rotieren. Diese Kampfgruppen mit einer Stärke von insgesamt 5000 Soldaten sind allerdings viel zu klein, um eine realistische Bedrohung für Russland mit geschätzt 850 000 aktiven Soldaten zu sein. Außerhalb des Nordatlantik-Bündnisses arbeiten einzelne NATO-Mitgliedsländer auch bilateral zusammen. Mit großem Misstrauen verfolgte Moskau die Stationierung von Raketenabwehrsystemen des Typs Aegis Ashore. In Rumänien ist sie bereits erfolgt; in Polen steht sie bevor. Diese Systeme sind ursprünglich für Kriegsschiffe entwickelt. Und sie können auch Marschflugkörper abschießen, die in kurzer Zeit Russland erreichen könnten, wie der ehemalige Bundeswehrroberst Wolfgang Richter im DW-Interview erläutert. Das wäre allerdings kein unlösbares Problem, so Richter, der inzwischen für den Berliner Think-Tank Stiftung Wissenschaft Politik (SWP) arbeitet: ‚Das könnte man über konkrete Verifikation lösen.‘ Soll heißen: Russland könnte die Möglichkeit erhalten, zu überprüfen, dass in den Aegis Ashore Silos eben keine Marschflugkörper auf ihren Abschuss warten. Das Angebot aber in einen Dialog zur Rüstungskontrolle einzutreten, habe Moskau zurückgewiesen, sagt Richter: ‚Moskau hat stattdessen den Krieg gewählt und die Aussichten auf eine Verhandlungslösung zerstört.‘ Russische Verbände auf dem Vormarsch – die Gründe für den Krieg sind nicht plausibel.“ (DW, 25.2.22)

Man kann Putin ruhig in allen angesprochenen Punkten zustimmen, sogar an die Fakten erinnern, die darin implizit enthalten sind, aber als Begründung seines Einmarschs wollen die professionellen „Faktenchecker“ ihm die nicht durchgehen lassen. Sie bestreiten ihm nicht die Tatsachen, sondern deren Deutung – mit dem schlagenden ‚Argument‘, dass sie dieselben Fakten anders deuten: Man sollte nämlich bei deren Auflistung an der richtigen Stelle möglichst im Hinterkopf behalten, dass die Aufrüstung der NATO an Russlands Grenze „als Reaktion“ auf längst verurteilte Militäraktionen Russlands einzustufen, also berechtigt ist. In dem Sinne ‚Fakt‘ sind auch Einschätzungen all der ideellen Strategen, die einfach besser als die russische Staatsführung selbst einschätzen können, wann Russland wirklich „realistisch“ bedroht ist. Sie haben schließlich Zahlen verglichen. Deren Differenz bezeugt ebenso wie „Marschflugkörper ... die in kurzer Zeit Russland erreichen könnten“, was aus ihnen nie und nimmer folgt: wo Anwälte gerechter Gewalt keine „realistische Bedrohung“ und „kein unlösbares Problem“ vorliegen sehen, liegt auf der Hand, dass Putin uns in die Irre führt und nur auf Krieg und sonst nichts aus ist.

Das Nützliche am „Faktencheck“ als Instrument der schein-sachlichen Verurteilung, dass Putin in absolut keiner Hinsicht irgendein von vernünftigen Menschen nachvollziehbarer Grund für den Einmarsch zuzugestehen ist, besteht in der Funktion der herbeizitierten Tatsachen. Deren unbestreitbare Objektivität untermauert die Gültigkeit ihrer parteilichen und als Fakt ausgegebenen Interpretation – freilich, weil und solange die auf der richtigen Seite zum ‚Argument‘ gemacht wird. Wegen der Botschaft, auf die es einzig und von vornherein ankommt, finden auch „Faktenchecker“ ohne Probleme zum Ausgangspunkt zurück, dass Putins Begründungen des Kriegs ein einziger Anschlag auf den ‚gesunden Menschenverstand‘ sind. Sich weiter ausgiebig und derart ‚sachlich‘ mit ‚pathologischem Wahnsinn‘ zu befassen, das geht einerseits dann doch zu weit, stachelt

andererseits die nächste Abteilung Expertentum an, das Bild von Putin weiter auszupinseln.

Die Personalisierung des Kriegs zum Psychogramm des Bösen

Die entschiedene Verurteilung von „Putins Krieg“ als die einzig vernünftige Weise, sich die Konfrontation zwischen Russland und ‚dem Westen‘ anzuschauen, kommt gut ohne, aber auch problemlos mit Zitaten von der russischen Regierung aus, in denen die ihre Position begründet. Zugleich ist die seriöse Öffentlichkeit sich nicht zu blöd, zu wiederholen, man wisse ja nicht, was in Putins Kopf vorgehe, um das als Steilvorlage zu nutzen, aller Welt mitzuteilen, was in seinem Kopf vorgeht.

„Putins Krieg – ein zwanghafter Irrglaube... Putins Kriegserklärung sagt – wie schon die Reden der vergangenen Tage – viel über ihn aus; über seine fast wahnhaften Verschwörungstheorien, seine notorischen Umzingelungsängste, seinen zynischen Umgang mit der Geschichte, die tiefe Verachtung für die Kultur der Ukrainer und vor allem seine manische Angst vor einem Volk, das vor allem seine Unabhängigkeit wollte und weiter will. Nichts wäre dem früheren KGB-Agenten fremder... Putin weiß sehr wohl, dass seine Macht nur geliehen und sein Herrschaftsmodell auf wackeligen Füßen steht – und wie schnell selbst große Imperien in sich zusammensacken können, hat er 1989 als einsame Stallwache in Dresden selbst erlebt. Dieses Trauma und diese gefühlte Demütigung stecken Wladimir Putin bis heute in den Knochen. Warum es zum Auseinanderbrechen der Sowjetunion kam, hat Putin bis heute nicht verstanden. Stattdessen will er die post-sowjetische Ordnung zerstören... Bis dahin wird die Bevölkerung der Ukraine den Preis für Putins Zwangsvorstellungen zahlen.“ (tagesschau.de, 24.2.22)

„Psychologen und Historiker haben die Welt schon vor Kriegsbeginn gewarnt: Wladimir Putin zeigt Anzeichen eines Realitätsverlusts. Dies sei nicht ungewöhnlich bei einer so langen Kombination aus extremer Einsamkeit und extremer Macht, sagen Experten. Wer zu Wladimir Putin will, muss erst mal durch einen zischenden High-Tech-Tunnel. Händewaschen, Impfung und negativer Test genügen nicht. Der russische Präsident besteht zusätzlich auf einer maschinellen Desinfektion der Köpfe... Cäsarenwahn: So beschrieben Historiker und Psychologen schon immer die in hohen Machtpositionen drohenden Deformationen.“ (rnd.de, 24.2.22)

„Wladimir Putin – ein ‚wahnsinnig gewordener Zar‘. Wladimir Putin galt immer als kühler und berechnender Stratege. Doch im Ukraine-Konflikt scheint der russische Präsident völlig verändert. Immer mehr Fachleute treibt deshalb die Frage um, wie es eigentlich um Putins psychische Verfassung bestellt ist.“ (FR.de, 2.3.22)

„Psychologen und Historiker“, aber auch die CIA, Merkel, Macron, westliche Diplomaten und europäische Parlamentarier – von „uns“ anerkannte Figuren können kraft ihrer wissenschaftlichen oder politischen Autorität ausdrücklich bezeugen, dass es völlig in Ordnung geht, dem Konflikt zwischen dem russischen Staat, der NATO und der Ukraine an der geistigen Verfassung des russischen Regierungschefs auf den Grund zu gehen, nämlich deren Gegensatz in die Probleme aufzulösen, die Putin mit sich selber hat. Die Verurteilung Russlands als einen „Angriffskrieg“ führenden „Aggressor“ wird psychologisch betrachtet: Innere „Deformationen“ determinieren „Wesensveränderungen“, die wiederum „untypische Verhaltensweisen“ hervorbringen, die „wir“ als „realitätsuntüchtig“ und damit „gefährlich“ identifiziert haben. Von dem Standpunkt aus wird frei und doch recht stereotyp zu den Indizien und Gründen von Putins psychischer „Deformation“ assoziiert: Glasklar, wer aus seiner eigenen Thermoskanne trinkt, an langen Tischen sitzt und Vorsichtsmaßnahmen gegen Infektionskrankheiten ergreift, die „wir“ völlig übertrieben finden, der muss einfach „paranoid“ sein und unter „Verfolgungswahn“ leiden. Wer in der Ukraine Krieg führt und sein Land mit den Mitteln staatlicher Gewalt auf Linie bringt, der macht das aus „manischer Angst“ vor ukraini-

schen Lebensverhältnissen – bzw. dem Bild, das die Presse in ihrer Begeisterung für die Ideale einer freiheitlich-demokratischen Konkurrenzgesellschaft von Putins angeblichem Angstgegner zeichnet. Das trübt seine „geistige Verfassung“ ein. Er will die „post-sowjetische Ordnung zerstören“, die „wir“ als „unsere“ europäische Friedensordnung kennengelernt und lieb gewonnen haben, und ganz im Ernst die „Zeit zurückdrehen“. Dass der Mann an „Zwangsvorstellungen“ leidet, sieht man daran, dass er mit seinen „Großmachtphantasien“ einfach keinen Erfolg hat; Realität ist nämlich die durchgesetzte europäische Staatenordnung, an der Putin sich vergreift, „irre“ also derjenige, der das einfach nicht versteht.

(Nachdruck aus: GegenStandpunkt, Politische Vierteljahresschrift, Nr. 2-22)

Zwei Anmerkungen zu ‚Butscha!‘

Aus der Kleinstadt Butscha gibt es schlimme Bilder zu sehen. Also sieht BILD hin:

„Es sind furchtbare Aufnahmen. Man möchte weggucken. Aber es ist wichtig, dass wir hingucken. Dass SIE, liebe Leserinnen und Leser, Bescheid wissen, was Putin tut... Langsam fährt die Kamera durch Butscha, die lange Straße entlang... Links und rechts filmt die Kamera Leichen. Eine hat auf dem Rücken gefesselte Arme. Ein Mann liegt auf seinem Fahrrad, seine Einkäufe neben ihm. Die Kamera muss Kurven machen um die Leichen. Ein Bildausschnitt weist einen Kreisverkehr aus, links ist ein Wohnblock, zwei nebeneinanderliegende Leichen. Freunde. Wer die Bilder der Toten von Butscha sieht, dem schießen die Tränen in die Augen. Offensichtlich wehrlose Menschen, Bürger, Zivilisten, unbewaffnet, ermordet von russischen Soldaten. Frauen und Mädchen wurden mehrfach gefangen gehalten, immer und immer wieder vergewaltigt... Menschen, die in Kellern gehalten, gefoltert, getötet wurden. Vergewaltigte Mädchen und Frauen... Andere Fotos zeigen Frauenleichen, nackt und verbrannt zwischen Autoreifen, offenbar geschändet mitten auf der Landstraße. Diese Hand gehört einer liebenden Mutter. Ihr Name ist Irina. Eine Hand, die unserer Nachbarin, unserer Tante, unserer Mutter gehören könnte. Diese Frauenhand, die symbolisch für das Grauen von Butscha steht. Für ein furchtbares Kriegsverbrechen, das Putins Mörder-Truppen in der Stadt bei Kiew begingen.“
(BILD, 6.4.22)

I. Von den Bildern des Kriegs

Was auf den Bildern aus Butscha zu sehen ist: das Grauen des Kriegs; das, was ‚die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln‘ anrichtet; und auch, dass beim groß- und kleinkalibrigen Töten und Zerstören die ach so zivilisatorische Unterscheidung zwischen Kombattanten und Zivilisten mal wieder nicht eingehalten worden ist. Was auf den Bildern definitiv nicht zu sehen ist: ungefähr alles, was die deutsche Öffentlichkeit – offenbar auch stilbildend für ihr Publikum – darin entdeckt und daraus folgen lässt.

Sie sieht die Schwelle zur „Barbarei“ überschritten, „das Gegenteil der Zivilisation“, weil nicht-uniformierte und unbewaffnete Opfer zu Schaden gekommen sind, für die in der zivilisierten Staatenwelt das Attribut ‚unschuldig‘ reserviert ist. Und zwar – nach fachkundigem westlichem Urteil – nicht bloß als bedauerlicher, aber wenigstens nichtbarbarischer ‚Kollateralschaden‘, sondern gezielt. Dass Journalisten beim Anblick der Bilder und beim Rückgriff auf solche Prädikate ihrer moralischen Empörung freien Lauf lassen, ist offensichtlich und so weit auch normal. Auffällig ist freilich auch, was und wer hier für die Normalität moralischer Gefühle die Maßstäbe setzt: Ziemlich feinfühlig folgt die Empörung den Unterscheidungen, auf die die staatlichen Gewalttäter

selbst in ihrem internationalen Kriegsrecht sich geeinigt haben – offenbar in der Gewissheit, wozu sie bei der Austragung ihrer Gegensätze im Prinzip und im Detail fähig und willens sind. Das „*Gegenteil der Zivilisation*“ ist derlei Gewalt also schon deswegen nicht, weil im besagten Kriegsrecht mit seiner supranationalen Strafinstanz – Gipfel des zivilisationsverbürgenden Völkerrechts – immerhin ein ganzer, fein abgestufter Katalog von Kriegshandlungen festgehalten wird, mit denen sie fest rechnen und bei denen sie sich offensichtlich nicht gerade von moralischen Empfindsamkeiten leiten lassen.

Genauso wenig geben die Bilder für das Urteil her, das gewiss nicht erst seit ‚Butscha‘, seitdem aber so fest steht, dass der Ortsname selbst schon alles sagt: Ein „*enthemmter, totaler Krieg eines totalitären Regimes*“ wird da geführt, in dem „*Putins Mörder-Truppen*“ zu Werke gehen, eine „*russische Soldateska*“, die „*zerstört, brandschatzt und mordet nach Gusto*“ (SZ, 4.4.22). Das Prinzip dieses Urteils ist so schlicht wie verkehrt: Wenn solche Taten im Kriegsverlauf begangen werden, die nicht nur grausam, sondern so was von verboten sind, dann – so wird da gedacht – *geht es* auch um sie; dann besteht der Kriegszweck selbst in nichts anderem, als dass bar jeden Grundes über Leichen gegangen wird, vorzugsweise über jene von Leuten, die niemandem etwas zuleide getan haben. So wird ausgerechnet im härtesten Gegensatz von *Staaten*, die ihr Volk zu den Waffen rufen oder zur Heimatfront erklären, die *politische* Qualität des Gemetzels ignoriert. Fatal ist diese verkehrte Vorstellung nicht deswegen, weil Putin und seine Armee mehr Verständnis, zumindest ein milderer Urteil verdient hätten; auch nicht, weil ihre Kriegsziele eigentlich viel nobler wären als die Taten, die man deswegen als bedauerliche Ausreißer zu verbuchen und unter dem Strich zu verzeihen hätte. Es ist eher umgekehrt: Krieg wird so zum Beutezug herabgestuft, zum persönlichen Ausraster von Soldaten und/oder ihres Befehlshabers. Letzterer wird damit zwar übelst beschimpft, aber gar nicht als das, was er ist: politischer Führer einer Nation im Krieg; mit der berufsbedingten Autorität, die Reichweite des Existenzrechts der Nation zu bestimmen; Spitze eines ganzen Machtapparats und Oberbefehlshaber einer Zerstörungsmaschinerie, die für viel mehr ausgelegt, auf viel mehr vorbereitet und mit viel mehr befasst ist als bloß mit der Wunscherfüllung eines bösen Menschen. Verurteilt wird eine moralische Karikatur und sonst nichts. Die SZ bestätigt das auf ihre Weise, wenn sie ein „*totalitäres Regime*“ für einen derart „*enthemmten totalen Krieg*“ verantwortlich macht. Sie möchte, was die Bilder zeigen, als extra verwerfliche Ausnahme verstanden haben, die die Regel eines sich selbst hemmenden, behutsam selektiven Militäreinsatzes bestätigt, die die Strategen der Münchner Redaktion in den gigantischen Kriegsvorbereitungen zivilisierter Staaten offenbar leicht entdecken können.

Dass Bilder von geächteter Gewalt auch anders und für anderes sprechen können, beweisen die Kollegen von der FAZ:

„*Kampf um die Bilder des Krieges! Unter den vielen verstörenden Videos, die über die sozialen Medien verbreitet werden, ist eines, das angeblich von ukrainischen Soldaten begangene Kriegsverbrechen zeigt. Auf unscharfen Bildern ist zu sehen, wie Uniformierte mit den blauen Armbändern der ukrainischen Truppen gefangene russische Soldaten verhören und ihnen schließlich aus nächster Nähe in die Beine schießen. Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass das Video echt ist. Im Krieg verrohen Menschen unweigerlich. Und die ukrainischen Soldaten verteidigen ihr Land gegen einen gewalttätigen Eindringling, der mutwillig ihr bisheriges Leben zerstört hat und gezielt massenhaft Zivilisten umbringt – ihre Nachbarn, Verwandten, Freunde. Die Gegenwehr der Ukrainer gegen den Terror kann nur erfolgreich sein, wenn es ihnen gelingt, möglichst viele russische Soldaten kampfunfähig zu*

machen – also zu töten, zu verwunden oder gefangen zu nehmen. Angesichts der Härte, mit der die Kämpfe geführt werden, wäre es ein Wunder, wenn es keine Fälle von Misshandlung russischer Kriegsgefangener gäbe.“ (faz.net, 2.4.22)

Klare Worte zur Reihenfolge von Parteinahme und Urteil: Die verkehrte Frage nach der gerechten Gewalt wird nicht daran entschieden, *was* einer tut, sondern *wer* es tut. „Erfolgreich“ ist die Ukraine, wenn ihre Soldaten genauso „unweigerlich verrohen“, wie der Russe es so systematisch und auf Befehl tut. Die Misshandlungen werden gar nicht dementiert, russisches Gemetzel *rechtfertigt* Gegenterror; der steht dann nicht für das Ende der Zivilisation, sondern für die Späne, die dort fallen, wo gegen das Böse und für das Gute gehobelt wird.

Und das ist auch letztlich die Hauptsache, für die die Bilder aus Butscha stehen – ein Mahnmal:

„Diese Fotos müssen uns verändern! Jetzt muss ein Ruck durch Deutschland gehen, besonders auch durch die Regierung. Waffenlieferungen müssen schnell und unbürokratisch erfolgen; was wir haben, muss in die Ukraine.“ (BILD, 5.4.22) Nicht weniger zwingend lautet die Botschaft ans gehobeneren Publikum: „Butscha und die Gräueltaten des Krieges erzwingen höheren Einsatz. Die Optionen werden immer weniger. Der Faktor Zeit wird immer wichtiger. Bald wird die russische Soldateska zum nächsten Schlag im Osten und Süden der Ukraine ausholen. Wer Putin jetzt treffen will, muss nicht nur sein Militär schlagen und die zum Widerstand entschlossene Ukraine versorgen. Er muss auf den internen Schock in Russland zielen, auf das Budget, die Renten, die Solde. Erdgas und Öl waren in Putins Strategie die wichtigste Waffe. Sie kann auch gegen ihn verwendet werden.“ (SZ, 5.4.22)

Butscha mahnt zu mehr kriegerischer Gewalt, also ironischerweise zu genau dem, was auf den Bildern wirklich und einzig zu sehen ist, sowie zu einer gesunden Dosis Wirtschaftskrieg mit „Shock and Awe“ gegen die russische Zivilgesellschaft. Ein bisschen „Enthemmung“ muss offenbar schon sein, damit der gute Krieg gut funktioniert.

II. Von dem Krieg der Bilder

Was sich mit solchen Bildern anfangen lässt, ist also bloß das: die *Bebilderung* einer feststehenden *Parteilichkeit*. Leisten sollen sie aber nicht weniger als die *Begründung* der *Parteinahme*, so als wären sie unwiderlegbare Argumente. Wirklich als Urteil genommen, liegt da ein Zirkelschluss vor; an dessen Autoren und Followern ausgedrückt, handelt es sich um eine Heuchelei. Der praktischen Absicht nach wird so aus dem *Recht* der richtigen Seite auf kriegerische Gewalt, das durch seine Ausmalung mit möglichst vielen Leichen im Kreis herum sich selbst bestätigt, die *Pflicht* zu deren bedingungsloser Unterstützung mit Waffen und besten Wünschen. Woran man merkt, dass diese Aufklärung durch Anschauung eben überhaupt kein ‚bloß‘ darstellt, sondern offenbar ein unentbehrliches Element der Pflege der Kriegsmoral ist. Die Bilder liefern da zweifellos schlagende Argumente, mit denen die Bürger sich von ihrer Parteilichkeit endlos überzeugen können, sich darin immer wieder bestärken, vielleicht den einen oder anderen Zweifel ausräumen oder zumindest den Genuss der moralischen Gewissheit auffrischen.

Was sich mit solchen Bildern überhaupt nicht anstellen lässt: irgendjemanden von der Parteilichkeit abzubringen, zu der er sich schon entschlossen hat – und das sind schließlich alle, die sich am ‚Krieg der Bilder‘ beteiligen, sei es als passive Betrachter oder als aktive Multiplikatoren. Entsprechend geht es auf diesem Schlachtfeld zu: Wenn die Horrorbilder die eigene Parteilichkeit nicht bestätigen, dann sind sie – heißt es – mindestens aus dem Zusammenhang gerissen; der würde nämlich deutlich machen, wie gerechtfertigt die dort zu sehende Gewalt – vielleicht nicht in jedem einzelnen Fall, aber im Großen und Ganzen – sei; schließlich produziert auch die Gegenseite Bilder,

die einen nicht kaltlassen können. Und wenn sich die abgelichteten Grausamkeiten dann doch nicht wirklich rechtfertigen lassen, dann sind sie offensichtlich zu schön, um wahr zu sein, also ‚total fake‘.

Der „*Kampf um die Bilder*“, das wechselseitige Vorzeigen der Grausamkeiten, die Staaten ihre Bürger als lebende Nationalfähnchen begehen und erleiden lassen, ist also ein Taubstummendialog. Der wird darüber überhaupt nicht überflüssig, sondern umso verbissener geführt. Alle Seiten – erst recht im Zeitalter des Internets – werden stets mit frischer Ware versorgt. Mindestens so lange, wie der wirkliche Krieg andauert.

(Nachdruck aus: *GegenStandpunkt, Politische Vierteljahresschrift, Nr. 2-22*)

Bemerkungen zur Machart freiheitlich-demokratischer Kriegspropaganda

Informationen zum Angriffskrieg

Die deutsche Öffentlichkeit steht eindeutig zum russisch-ukrainischen Krieg. Sie teilt ihrem Publikum tagtäglich mit, was in der Ukraine vor sich geht und „uns“ aufregen muss. Dabei ist eins klar: Um *Krieg* geht es bei allen Bildern und Berichten aus dem Krieg *nicht*. Ein Urteil über die Krieg führenden Subjekte – über *den Staat* in seiner Eigenschaft als Gewaltmonopolist, der über Leichen geht, als Befehlshaber, der seine Bevölkerung zum Töten und Sterben kommandiert, als Souverän, der in aller Freiheit und mit seinem höchsten Recht Menschen als sein Kampfmittel gegen seinesgleichen benutzt und verschleißt – fällt konsequent nicht; also auch nicht über die brutale *Räson* einer – wenn's ernst wird einer *jeden* – politischen Herrschaft, die im Krieg am Werk ist: über das ganz staatseigene wirkliche Verhältnis zwischen der Selbsterhaltung dieser Macht und dem Überleben ihres uniformierten wie nicht-uniformierten Bürgermaterials. Das alles ist pauschal abgeräumt mit dem Stichwort, ohne das man sich *diesen* Krieg überhaupt nicht denken darf: *Angriffskrieg*.

Dass da – wie in noch jedem Krieg – eine Seite losgeschlagen hat, die andere mit allem verfügbaren Personal und allen verfügbar gemachten Waffen dagegenhält, sodass die Berichterstatter ganz viel Sensationelles zu berichten haben, ist allein schon mit dieser Kennzeichnung moralisch eingeordnet: eingeordnet auf der einen Seite in das Verdikt über einen *Angreifer*, über den man außer dem Willen zum Angriff nichts wissen muss, schon gar nicht irgendetwas Kritisches über die existenziellen Bedürfnisse souveräner Herrschaftsmacht, der da eine Regierung eigene Soldaten wie fremde Untertanen opfert; über die andere Seite ist spiegelbildlich ebenso abstrakt alles gesagt mit der Kategorie des *überfallenen Opfers*, die eine Staatsgewalt, die ihren exklusiven souveränen Zugriff auf Land und Leute verteidigt, indem *sie* beides opfert, unmittelbar in eins setzt mit den Menschen, die an dieser Benutzung durch ihre nationale Herrschaft zugrunde gehen. Richtig informiert ist der Adressat von ARD bis ZEIT, wenn er eine regelmäßig abrufbare *Empörung* pflegt, mit der er sich jedes Mal aufs Neue demonstrativ ans Hirn greift und nicht fassen „kann“, warum *Russland* so viel Leid anrichtet und Leichen produziert. Die Berichte über die täglich Getöteten, die seit Kriegsbeginn getöteten Kinder, wann wo eine Rakete einschlägt und wie es den Leuten geht, die zwar überleben, aber ihr Zuhause und Familienangehörige verlieren, illustrieren nicht die Brutalität des Rechts, mit dem Höchste Gewalten ihre Staatsbürger im Ernstfall total funktionalisieren, auch nicht des hoheitlichen Selbstbehauptungswillens, der sie auf-

frisst: Sie bebildern vielmehr das strafwürdige *Unrecht* der einen, die Unschuld der anderen Kriegspartei. Alle Informationen übermitteln diese Botschaft, die mit der überhaupt nicht militärischen, überhaupt nicht strategischen, sondern rein moralischen und als solche unverrückbaren Unterscheidung zwischen *Angriff* und *Verteidigung* feststeht.

So ganz von allein geben Horrorbilder und Frontberichte *diese* Botschaft freilich doch nicht her. Da bedarf es schon der Sprachregelung, die das Geschehen stereotyp *Angriffskrieg* nennt – so wie die Gegenseite auf der Bezeichnung „militärische Spezialoperation“ besteht –, damit die berichteten Fakten unmittelbar schon für ihre Deutung sprechen. Und es gibt im Repertoire der freiheitlichen Öffentlichkeit ein paar Zusätze *methodischer* Art zu dieser Gleichung: nichts, was in die verfängliche Richtung einer Erklärung der staatlichen Interessen gehen würde, sondern Zusätze, die ganz formell die Stichhaltigkeit der unterstellten Identität von Parteilichkeit und Faktenlage beglaubigen.

Glaubwürdigkeit

Die deutschen Leitmedien bringen den Verdacht, ihre Berichte seien voreingenommen, selbst ins Spiel, noch bevor er von anderer Stelle erhoben werden kann: Sie versehen die tagesaktuellen Auskünfte über die Kriegsoffer, das neueste Zerstörungswerk und die gegenseitigen Anschuldigungen der Kriegsparteien regelmäßig mit dem Hinweis, die verbreiteten Informationen könnten nicht von unabhängiger Stelle überprüft werden. Offenbar gehen die Redaktionen davon aus, dass beide Kriegsparteien eine verlogene Informationspolitik betreiben und dass ein skeptisches Publikum vor ihren Berichten sitzt, das ihre journalistische Arbeit möglicherweise der *Einseitigkeit* verdächtigt. Indem sie gemäß presseethischer Standards einräumen, sich mit ihren Auskünften eventuell zum Medium für interessierte Darstellungen der Kriegsparteien zu machen, nehmen sie diese Skepsis vorweg, lenken sie auf ihre Quellen und machen sich selbst damit über jeden Zweifel erhaben. Ihre demonstrierte methodische Skepsis macht sie in puncto Faktentreue glaubwürdig, und ihre Glaubwürdigkeit spricht für die Richtigkeit sämtlicher Urteile, die sie als „die Sachlage“ präsentieren: über den Krieg und seine Gründe, die Kriegsparteien und ihre Zwecke und darüber, was man davon zu halten hat.

Authentizität

Die „unabhängige Stelle“ vor Ort sind die *Auslandskorrespondenten*. Sie versorgen das Publikum mit Informationen, die ein Qualitätssiegel aufweisen: Sie stammen aus erster Hand. Die Reporter geben darüber hinaus mit ihren Kamerateams Einblicke in die Geschehnisse im Kriegsland. Echte Ukrainer kommen zu Wort vor ihren zerstörten Häusern und am Grab ihrer Verwandten. Ihre erlebbar gemachte Betroffenheit vom Krieg spricht Bände. Und zwar nicht etwa darüber, dass hier ein Staat für seine militärischen Erfolge alles einäschert, worin sich Soldaten des anderen verschanzen könnten, und dass der andere Staat sein Volk und seine Behausungen der Vernichtung preisgibt, um sich als Herrschaft über sie zu behaupten. Nichts läge ferner: Die Opfer sind vielmehr Kronzeugen für die besondere Bösartigkeit der Russen, deren Angriffe ihrem bescheidenen Leben gelten. Umgekehrt steht ihre Unschuld für die unhinterfragbare Gutartigkeit der ukrainischen Kriegspartei – ein *Quidproquo*, das die Interviewten dankenswerterweise der Kundgabe ihres Elends oft selbst hinzufügen. Sie beglaubigen die *Identität* zwischen ukrainischer Macht und den Menschen, die sie kriegerisch in Anspruch nimmt. Die deutsche Berichterstattung zeigt zwar vor allem Kriegsschäden in

den Gebieten, die unter der Kontrolle Kiews stehen, und das Schicksal der dort ansässigen Bevölkerung. Die Zerstörungen und zivilen Opfer auf russischer Seite braucht sie jedoch überhaupt nicht zu verschweigen. Sie hat alle Freiheit, die lebhaften Aufnahmen des Elends nach Bedarf einzuordnen und auch russische Opfer für dieselbe Hauptbotschaft sprechen zu lassen: Bildmaterial des russischen Staatsfernsehens von ukrainischen Artillerieangriffen auf russische Siedlungen, in dem ebenfalls wehklagende Babuschkas zu Wort kommen, bebildern, dass die russische Staatsführung auch ihr eigenes Volk in einen verwerflichen Angriffskrieg verwickelt. Die entsprechende deutsche Kommentierung aus dem Off hilft der korrekten Interpretation auf die Sprünge.

Einige Auslandskorrespondenten wagen sich mit Schutzweste und Stahlhelm an die Front, um dort Soldaten zu interviewen. Daher fehlt es auch nicht an authentischen Einblicken ins *Elend des Soldatenlebens*: Es ist in diesem industrialisierten Gemetzel dafür zu riskieren, das Leben von anderen Soldaten zu beenden, der Soldat hat immer wieder Angst, im Bombenhagel zu sterben, macht neben Ratten Pause im Schützengraben, siecht im Lazarett und Kameraden sind bereits in erklecklicher Zahl draufgegangen. All das stellt freilich nicht unter Beweis, wie brutal und unwahr es ist, wenn die so oder so an die Front geschickten Handlanger der Gewalt den Sieg zu ihrer höchstpersönlichen Angelegenheit erklären. Im Gegenteil: Die bis ins Wohnzimmer der Zuschauer nachvollziehbar gemachten Härten stehen für das *Heldentum* der Soldaten, die all das in Kauf nehmen, um ihr Land, Mütter und Kinder zu verteidigen – freilich nur auf der westlichen Seite der Front, auf der die Interviews stattfinden. Das Publikum lernt über Kurzbeiträge immer mehr tapfere junge Männer – und Frauen! – mit ihren Vornamen oder martialischen Kampfnamen kennen. So sammeln sich die Belege: Die ukrainischen Helden im Kampf gegen das Böse gibt es wirklich und sie sind zahlreich. Die Nähe zu den Soldaten und die damit gegebene Authentizität der Reportagen gewährleisten „Sicherheitsbeamte“, die nur den Schutz des Nachrichtenteams im Sinn haben, wenn sie ihm vorgeben, wo es filmen und interviewen darf und wo nicht. Eine Randnotiz, die den Kriegsbericht auch wieder ein Stück authentischer macht. Bei embedded arbeitenden Kriegsreportern auf der Ostseite der Front dagegen spricht die räumliche Nähe zu den Soldaten nicht für die Authentizität des gedrehten Materials, sondern für das Gegenteil: Alles arrangiert vom russischen Verteidigungsministerium. Die bloße Präsenz russischer Soldaten und Beamter zeigt schon das Ausmaß der Zensur und dass die interviewten Anwohner zu eingeschüchtert sind, um auszusprechen, was sie wirklich denken.

Persönlichkeit und Professionalität

Die führenden Medienorgane der deutschen Öffentlichkeit legen auch und gerade in Kriegszeiten großen Wert auf die Abgrenzung zwischen Nachrichten auf der einen Seite und Meinungsbeiträgen, in denen Journalisten persönlich Stellung beziehen, auf der anderen. Mit dieser Einteilung ihrer Tätigkeit untermauern sie nicht nur den Schein, dass ihre Berichterstattung über den Krieg bloß die objektive Wiedergabe der Faktenlage ist. Indem die Kommentatoren dem Publikum vorab ihren Namen mitteilen, ihr Gesicht zeigen oder den Kommentar mit ihrer eigenen Stimme im Radio verlesen, markieren sie ihre Stellungnahme als eine nicht objektive, sondern subjektive, persönliche Sichtweise auf das Geschehen in der Ukraine. Mit einer Relativierung des Gesagten hat das freilich nichts zu tun: Sie stellen damit vielmehr ihre Persönlichkeit und den Respekt, den sie in der bürgerlichen Welt für sich reklamieren kann, hinter ihre vorge-

tragene Positionierung – sei es als ein Jedermann mit kerngesundem Menschenverstand, dem Herz am rechten Fleck und einem festen Platz im Meinungsteil einer großen Zeitung oder als fachkundiger Journalist mit umfänglichem Faktenwissen, mit gutem Draht zu Politikern und einem hohen Rang in seinem Medienhaus. Der Stellenwert des Kommentators fügt seiner Stellungnahme zwar inhaltlich nichts hinzu, macht sie aber garantiert befassens- und aner kennenswert. Die Quintessenz des Kommentars – „*Putin darf diesen Krieg nicht gewinnen*“, „*Keine Angst vor Putin*“, „*Putin zum Waffenstillstand zwingen*“ – verdient schon von daher nicht nur das Gehör des Volkes, sondern dessen Zustimmung. So wird in der Meinungssparte Klartext gesprochen, welches Spektrum von Haltungen zu Putin, seinen Schergen und den Gegenmaßnahmen der Bundesregierung sich für einen verantwortungsbewussten Staatsbürger gehört.

Die Befassung mit abweichenden Standpunkten

Die Gleichung zwischen der Qualität eines Meinenden und seiner Meinung lässt sich freilich auch polemisch umkehren: Zu einem der schlagenden Gegenargumente in der Medienwelt gehört es, eine Person in ein schlechtes Licht zu rücken, um den missliebigen Standpunkt zu disqualifizieren, den sie vertritt. Eine Technik, die im Jahr der Zeitenwende großzügig zur Anwendung kommt.

Die Leitmedien machen darauf aufmerksam, dass es bei aller Aufklärung im Land doch tatsächlich Stimmen gibt, die sich der Empörung über den Kriegstreiber Putin nicht bedingungslos anschließen und stattdessen ihre Sicht der Dinge in die Öffentlichkeit tragen. Solchen Leuten wird in Kommentaren, in Talkshows und bei Interviews publikumswirksam bedeutet, dass ihr Standpunkt – bei der Faktenlage – einfach nicht zu fassen ist. Jedes Mal wird der abweichende Standpunkt in einem Ton vorstellig gemacht, der klarmacht, dass er ein Skandal ist: Die linke Oppositionspartei debattiert (!) lange (!!) darüber, wie sie sich zum Ukraine-Krieg stellt; ein Altkanzler (!) setzt immer noch (!!) auf Partnerschaft mit Russland; Friedensaktivisten behaupten, die NATO (!) habe zum Krieg beigetragen; Alice Schwarzer et al. wollen der Ukraine die Waffen zu ihrer Selbstverteidigung (!) verwehren... Mit demonstrativer Verwunderung verteidigen die Journalisten ihre Vorgaben für das Nachdenken über diesen Krieg. Und das Erstaunen ist auch schon die ganze Zurückweisung der missliebigen Standpunkte. Von da aus geht die Befassung mit ihnen regelmäßig in die Frage über, was das für welche sind, die solche Auffassungen vertreten. Da die Fakten eigentlich alles sagen, ist die Antwort auch kein Rätsel: Hier ergehen sich „Russlandfreunde“, die sich ihre eigenen Fakten erfinden, in ihren Glaubenssätzen. Warum die so ticken, wie sie ticken, darüber ergibt sich über die Kommentare und Talkshowdebatten hinweg eine ganze küchenpsychologische Typologie: Die einen sind naiv und realitätsblind, die nächsten sind empathielos und herablassend – oder es fehlt ihnen gleich ganz an Moral, weil man eigensüchtige Interessen hinter ihren Reden ausfindig macht. Wieder andere sind notorische Realitätsverweigerer und geradezu verrückt. Den Inhabern abweichender Meinungen wird ein fragwürdiger Charakter nachgesagt, der gar kein Urteil über die von ihnen vertretenen Standpunkte nötig macht, um sie zu verwerfen. Für den gleichen Zweck bringen die Journalisten auch die Methode der Denunziation per Assoziation in Anwendung: Wer vom geltenden Konsens der Öffentlichkeit abweicht, ist offenbar für die Russen parteilich, spielt Putin jedenfalls mit der Verbreitung von Missmut gegen die deutsche Russlandpolitik in die Hände und weiß das auch. So gilt ein buntes Sammelsurium von Standpunkten als „fünfte Kolonne Russlands“. Ihre Vertreter verdienen es

dementsprechend nicht, als ein Teil der besorgten Bürgerschaft und ihrer sorgberechtigten Vertretung ins seriöse Meinungsspektrum aufgenommen zu werden. Die kritische Frage ist vielmehr, ob sie im Sinne des Konsenses konsequent genug aus jeder Partei, den Führungsposten und den Ehrenplätzen der Republik entfernt werden.

*

Von der Berichterstattung vom Angriffskrieg über die hautnahen Reportagen vor Ort bis hin zum Umgang mit Andersdenkenden: Jedes Mal „argumentiert“ die deutsche Öffentlichkeit mit der Realität, die im Grunde für sich spricht, nämlich für die bedingungslose geistige Parteinahme in diesem Krieg und dessen Übersetzung in eine Auseinandersetzung zwischen guten und bösen Staaten. Wenn sie auf ihre eindeutige Botschaft und deren Alternativlosigkeit pocht, dient das einem guten Zweck: Es geht den Leitmedien nicht nur darum, dass das Volk die neue Rüstungs- und für es kostenträchtige Russlandpolitik Deutschlands bedingungslos als unumgängliche Konsequenz akzeptiert. Nach ihrer verantwortungsbewussten Selbstauffassung leisten sie auch einen unverzichtbaren Beitrag dazu, dass die Bundesregierung Kurs hält und ihrem Auftrag nicht zaudernd, sondern konsequent nachgeht. Wenn sie eine antirussische Haltung zum Gebot der Stunde erklären und zur gültigen öffentlichen Meinung machen, bringen sie in ihrer Vorstellung die Politiker in Zugzwang, die „eingetretene“ Zeitenwende mit ihrer Amtsmacht zu vollstrecken. Mit ihrer Déformation professionnelle stellen sie das Verhältnis von Politik und öffentlicher Moral auf den Kopf. Der Beschluss der Regierungsparteien in Einigkeit mit der christlichen Oppositionsfraktion, die Zeitenwende einzuläuten, gegen Russland eindeutig Partei und dementsprechend feindliche Maßnahmen zu ergreifen, ist der Grund für die kompromisslose Parteilichkeit der Meinungsbildner.

(Nachdruck aus: GegenStandpunkt, Politische Vierteljahreszeitschrift, Nr. 3-22)

Auf der Homepage des Gegenstandpunktverlags (gegenstandpunkt.com) gibt es ein Dossier „**Abweichende Meinungen zum Krieg in der Ukraine**“



V. i. S. d. P.: Bruno Schumacher, Gegenstandpunkt VerlagsGmbH, Kirchenstr. 88, 81675 München; E. i. S.